



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

### *Die politische Lage in Deutschland*

## **Wir werden Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern Generalausprache zum Haushalt im Deutschen Bundestag**

In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch im Bundestag ein „*neues Denken*“ zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gefordert. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte bereits zuvor die historisch hohe Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2010 als „*bitter*“, aber „*ökonomisch notwendig*“ bezeichnet. Die geplante Kreditaufnahme von 85,8 Milliarden Euro sei allein auf die Krise zurückzuführen, betonte Schäuble zu Beginn der viertägigen Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag. Ziel muss es daher sein, die Folgen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu mildern und den zarten Wirtschaftsaufschwung zu stützen.

So sehr wir uns alle eine andere Situation wünschen würden, so sehr sind wir dazu verpflichtet, der Realität ins Auge zu sehen. Die Welt hat 2008 und 2009 am Abgrund gestanden und nur gemeinsam haben wir es geschafft, international und national die richtigen Lehren zu ziehen. So wie wir klug den Abschwung gedämpft haben, so geht es jetzt darum, klug aus dem Tal der wieder heraus zu kommen. Das hat auch die Bundeskanzlerin beim Ausblick auf die künftige Haushaltspolitik der christlich-liberalen Bundesregierung deutlich gemacht. Dabei hat sie uns alle darauf eingestimmt, dass dieser Wirtschaftseinbruch uns noch über weite Teile der Legislaturperiode beschäftigen wird. Erst 2013 werden wir wohl wieder das Vorkrisenniveau erreichen können. Wichtig ist aber, dass das Land eine starke Exportnation bleibt. Was Deutschland stark gemacht hat, darf nicht aufgegeben werden. Weitere Investitionen in Bildung und Forschung sind dazu nötig.

Für unsere Wachstumspolitik brauchen wir motivierte Bürger, die wissen, warum sie Steuern zahlen, und finden, dass es dabei gerecht zugeht. Deshalb brauchen wir eine Steuerreform. Das Konzept hierfür werden wir auch entwickeln und vorlegen. Seriöserweise aber erst nach der neuen Steuerschätzung im Mai. Ausdrücklich hat die Bundeskanzlerin dazu versichert, dass die Koalition die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten wird. Die Schuldenregel sei die „*Leitplanke unserer Arbeit*“, so Merkel. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, stellt dabei eine wichtige Ergänzung der konjunkturpolitischen Maßnahmen der letzten Wahlperiode dar. Es nimmt wichtige Änderungen

an der Unternehmenssteuerreform vor, die erst wieder die Grundlage für Gewerbesteuererinnahmen in den Kommunen geschaffen haben. Trotz dieses Gesetzes gibt es jetzt keine höhere Neuverschuldung als in der großen Koalition vereinbart worden ist. Deshalb legen wir im Haushaltsgesetz 2010 einen Bundeshaushalt vor, der Wachstum bringt und Konsolidierung ernst nimmt. Die Koalition findet damit die richtige Balance zwischen der Aufgabe, die notwendigen Wachstumsimpulse zu setzen und zugleich die Staatsverschuldung zurückzuführen.

Mit den Maßnahmen des letzten Jahres ist eine bessere Wirtschaftsentwicklung entstanden, die jetzt Spielraum für weitere Maßnahmen geschaffen hat. Die christlich-liberale Koalition setzt dabei Vertrauen in jeden Einzelnen. Dies gehört für uns zum Wesenskern der sozialen Marktwirtschaft, die seit jeher das Fundament des solidarischen Miteinanders in unserer Gesellschaft bildet. Alle müssen die Chance erhalten, dass sie ihr Leben aus eigener Kraft gestalten können. Es ist für niemanden eine gute Erfahrung, als Bezieher von „Hartz-IV“ seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Es geht aber darum, Aufstiegschancen zu schaffen und die Menschen aus der Abhängigkeit des Sozialstaates herauszuholen, statt sie darin zu halten. Der Grundsatz des Forderns und Förderns der Hartz-Reformen bleibt deshalb richtig. Wir wollen die Freiheit des Einzelnen in die Solidarität der Gemeinschaft einbinden. Das ist unser gesellschaftspolitisches Ziel.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist dabei die Gestaltung einer schlüssigen Energiepolitik. Wir werden noch in diesem Jahr hierzu ein Gesamtkonzept vorlegen, das den Einstieg in das Jahrzehnt der erneuerbaren Energie beinhaltet. Als Brücken-Technologie ist die Kernenergie neben modernen Kohlekraftwerken aber vorerst weiterhin nötig. Im Unterschied zur Opposition stellen wir uns dieser Wirklichkeit und flüchten uns nicht in rosarote Traumwelten. Die Opposition verspricht dagegen wieder einmal allen alles: Einerseits das sofortige Abschalten von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken. Andererseits gaukelt sie den Menschen vor, dabei weiterhin in ausreichendem, sicheren und vor allem bezahlbarem Maße mit Energie versorgt zu sein. Diese Vorstellung ist fern jeder Realität. Wir streuen den Bürgern keinen Sand in die Augen. Nur um der Ideologie willen werden wir keine höheren Energiepreise für die Verbraucher akzeptieren.

## Die Woche im Parlament

**Bundshaushalt 2010 steht noch ganz im Zeichen der Krisenbekämpfung:** In erster Lesung haben wir in dieser Woche das Haushaltsgesetz 2010 beraten. Da dieses Haushaltsgesetz aufgrund der Bundestagswahlen erst im Laufe des Jahres 2010 verkündet werden kann, gilt bis zu diesem Zeitpunkt die vorläufige Haushaltsführung, die gemäß Artikel 111 Grundgesetz starken Einschränkungen unterliegt. Die parlamentarischen Beratungen zum Bundshaushalt 2010 sollen daher so zügig abgeschlossen werden, dass die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt noch im April 2010 erfolgen kann. Mit der schnellstmöglichen Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung unterstützen wir eine effektive und rasche Umsetzung der im Bundshaushalt 2010 vorgesehenen konjunkturstützenden Maßnahmen. Auch in der Krise bekennt sich die unionsgeführte Bundesregierung zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Trotz der mit den Wachstumsimpulsen verbundenen zusätzlichen Belastungen für den Haushalt gelingt es, die vorgesehene Nettokreditaufnahme gegenüber dem ersten Entwurf der alten Koalition nicht weiter ansteigen zu lassen. Wir bekennen uns klar zu der im Grundgesetz verankerten Schuldengrenze und dem europäischen Stabilitätspakt. Und wir halten an unserem Ziel fest, sobald wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ein allzu striktes Festhalten am rigorosen Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre könnte in der aktuellen Lage aber zu einer Verschärfung der konjunkturellen Krise führen. Unser Ziel ist es aber, gestärkt aus der Krise zu kommen. Deshalb investieren wir kraftvoll in die Zukunft: So räumen wir den Ausgaben für Bildung und Forschung eine hohe Priorität ein. Bis 2013 werden wir die entsprechenden Ausgaben um weitere 12 Mrd. Euro erhöhen, davon bereits um 750 Mio. Euro im laufenden Jahr. Es bleibt dabei, dass der Bildungspakt von Bund und Ländern mit einem Aufwuchs der Ausgaben für Forschung und Bildung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 umgesetzt wird. Auch die Ausgaben für die Familienpolitik zeichnen mit + 6,7 Prozent einen deutlichen Zuwachs.

## Aktuelles

**Solidarität und Hilfe für die Bewohner von Haiti:** Mit Bestürzung haben wir die Nachricht vom schrecklichen Erdbeben in Haiti aufgenommen. Eines der ohnehin schon ärmsten Länder der Welt wurde vergangene Woche von einer entsetzlichen Naturkatastrophe heimgesucht. Bislang sind über 70.000 Menschen tot geborgen worden, Hunderttausende sind verletzt, etwa 1,5 Mio. Menschen obdachlos, Tendenz weiter steigend. Die schon zuvor schwachen staatlichen Strukturen existieren zurzeit kaum mehr. Die Bevölkerung kann und wird ohne fremde Hilfe nicht überleben. Jetzt ist es an der internationalen Staatengemeinschaft dafür zu sorgen, dass den Menschen vor Ort – da, wo Trinkwasser und Lebensmittel knapp sind – geholfen wird. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung. Die Bundesregierung und deutsche Nichtregierungsorganisationen tun ihr Möglichstes, um den Menschen zu helfen. Die Bilder des Technischen Hilfswerks beim Installieren von Wasseraufbereitungsanlagen zeigen, wie schnell die Hilfe auch ankommt. Unser Dank gilt dem zupackenden Einsatz der Katastrophenhelfer vor Ort und in Deutschland. Gleichzeitig rufen wir die Bevölkerung auf, die Arbeit der Hilfsorganisationen mit Spenden zu unterstützen und damit das Überleben der betroffenen Bewohner Haitis zu sichern.

**Deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ist Aushängeschild der Wirtschaft:** Die hohe Wertschätzung der Verbraucher für die Produkte der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft sowie des Gartenbaus spiegelt sich auf keiner anderen Messe so wieder wie auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Umso wichtiger ist uns

der offene Gedankenaustausch mit Vertretern zahlreicher Organisationen der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Rahmen der Messe. Auch in Zeiten der Krise gilt: Die Land- und Ernährungswirtschaft ist ein Stabilitätsfaktor in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und erweist sich einmal mehr als Zukunftsbranche mit einem guten Wachstums- und Beschäftigungspotential. Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft hat mit ihren hochwertigen Produkten hervorragende Möglichkeiten auf den internationalen Märkten. Wir werden daher bei den anstehenden Entscheidungen zur Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik nach dem Jahr 2013 die richtigen Weichenstellungen vornehmen, um die positive Entwicklung der Agrarexporte zu unterstützen. Die Landwirte und Unternehmen brauchen verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern und die Wertschätzung von Lebensmitteln aus Deutschland weiter zu erhöhen.

## Daten und Fakten

**Steuerentlastungen zum Jahreswechsel:** Durch die Steuerrechtsänderungen sind zum Jahreswechsel deutliche Entlastungen eingetreten. So wird etwa der Handwerksmeister (Jahreseinkommen 54.000 Euro) mit zwei Kindern, dessen Frau im Betrieb angestellt ist, im Jahre 2010 insgesamt 1.183 Euro weniger Steuern zahlen müssen. Zudem erhält er 2010 insgesamt 480 Euro mehr Kindergeld. Bei dem verheirateten Bankangestellten mit drei Kindern (Jahreseinkommen 70.000 Euro) beträgt die Ersparnis 590 Euro und der Zuwachs des Kindergeldes 720 Euro.

(Quelle: Handelsblatt, 29.12.2009)

**Wirtschaftseinbruch 2009 war stärkste Rezession in Deutschland seit 1945:** Im vergangenen ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Sparquote bleibt auf hohem Niveau:** Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2009 lediglich um 0,4 Prozent zu. Das ist die kleinste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Die in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen 2009 mit 0,5 Prozent etwas stärker als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote verharrte mit 11,2 Prozent auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe  
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de